



# MINISTERIALBLATT

## FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

47. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. April 1994

Nummer 25

## Inhalt

## I.

**Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Glied-Nr.	Datum	Titel	Seite
203031	9. 3. 1994	VwVO d. Innenministeriums u. d. Finanzministeriums Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Jubiläumszuwendungsverordnung . . . . .	472
20310	4. 3. 1994	Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 14. Dezember 1993 . . . . .	472
20321	9. 3. 1994	RdErl. d. Finanzministeriums Richtlinien über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten (Unterhaltsbeihilferichtlinien – UBR) . . . . .	474
203204	8. 3. 1994	RdErl. d. Finanzministeriums Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen – Angemessenheit der von Heilhilfsberufen in Rechnung gestellten Beträge – . . . . .	474
21281	30. 6. 1993	Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales Staatliche Anerkennung der Stadt Petershagen, Stadtteil Hopfenberg als „Luftkurort“ . . . . .	474
7861	9. 3. 1994	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Produktion in der Landwirtschaft und im Gartenbau . . . . .	476
79010	4. 3. 1994	RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft Entschädigung an Forstbetriebsbeamten und Forstbetriebsbeamte der unteren Forstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen für Arbeitszimmer . . . . .	476
9221	10. 3. 1994	RdErl. d. Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr gemäß § 6 StVO . . . . .	477

## II.

**Veröffentlichungen, die nicht in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes  
für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBI. NW.) aufgenommen werden.**

Datum	Seite	
<b>Ministerpräsident</b>		
9. 3. 1994	Bek. – Honorargeneralkonsulat der Republik der Philippinen, Düsseldorf . . . . .	477
<b>Innenministerium</b>		
10. 3. 1994	Bek. – Wahl zum Dreizehnten Deutschen Bundestag; Ernennung der Kreiswahlleiter und ihrer Stellvertreter . . . . .	477
<b>Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft</b>		
8. 3. 1994	RdErl. – Verzeichnis der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2 und 5 Klärschlammverordnung (Abf-KlärV) vom 15. April 1992 . . . . .	482
8. 3. 1994	RdErl. – Tag der Umwelt am 5. Juni 1994 . . . . .	482
<b>Landschaftsverband Rheinland</b>		
2. 3. 1994	Bek. – Jahresrechnung 1992 . . . . .	483
<b>Landschaftsverband Rheinland</b>		
<b>Landschaftsverband Westfalen-Lippe</b>		
10. 3. 1994	Gem. Bek. – Bildung der 10. Landschaftsversammlung Rheinland und der 10. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe; Reservelisten . . . . .	483

203031

**Verwaltungsverordnung  
zur Ausführung der Jubiläumszuwendungs-  
verordnung**

VwVO d. Innenministeriums – II A 1 – 1.34.02 – 0/93 –  
u. d. Finanzministeriums – B 2205 – 1.25 – IV A 3 –  
v. 9. 3. 1994

Die Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Jubiläumszuwendungsverordnung vom 31. Juli 1963 (SMBL NW. 203031) wird wie folgt geändert:

1. Die Nummer 1.12 erhält folgende Fassung:

1.12 Die Ehrenurkunde für Beamte des Landes bei Vollendung einer 25jährigen, 40jährigen und einer 50jährigen Dienstzeit lautet:

**Ehrenurkunde**

Herr/Frau

.....  
(Amts- oder Dienstbezeichnung)

.....  
(Vor- und Zuname)

hat am

.....  
(Datum)

eine fünfundzwanzigjährige/vierzigjährige/fünfzigjährige Dienstzeit vollendet.

Im Namen der Landesregierung spreche ich ihr/ihm für treue Pflichterfüllung im öffentlichen Dienst Dank und Anerkennung aus.

2. In Nummer 1.13 werden in Satz 1 die Wörter „des Dienstjubiläums“ durch die Wörter „der Vollendung der Dienstzeit“ ersetzt.

3. Nummer 3.27 wird gestrichen.

– MBl. NW. 1994 S. 472.

20310

**Tarifvertrag  
zur Änderung der Anlage 1a zum BAT  
vom 14. Dezember 1993**

Gem. RdErl. d. Finanzministeriums –  
B 4100 – 4.57 – IV 1 – u. d. Innenministeriums –  
II A 2 – 7.22.01 – 15/94 –  
v. 4. 3. 1994

A.

Nachstehenden Tarifvertrag, mit dem die Anlage 1a zum Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) vom 23. 2. 1961, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums v. 24. 2. 1961 (SMBL NW. 20310), geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
zur Änderung der Anlage 1a zum BAT  
vom 14. Dezember 1993**

Zwischen

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesministerium des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,  
einerseits  
und\*)

andererseits  
wird folgendes vereinbart:

§ 1

Änderung der Anlage 1a zum BAT  
für den Bereich des Bundes  
und für den Bereich der Tarifgemeinschaft  
deutscher Länder

Die Anlage 1a zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 13. Dezember 1993, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden in Teil II nach den Wörtern „S. Rettungsassistenten, Rettungssanitäter“ in einer neuen Zeile die Worte „T. Angestellte im Justizdienst“ eingefügt.
2. In Teil I (Allgemeiner Teil) werden
  - a) in Vergütungsgruppe VII die Fallgruppe 13,
  - b) in Vergütungsgruppe VIII die Fallgruppe 15 und
  - c) in Vergütungsgruppe IX b die Fallgruppe 13 jeweils unter Beibehaltung der Fallgruppenbezeichnung gestrichen.
3. Dem Teil II wird der folgende Abschnitt T angefügt:  
**T. Angestellte im Justizdienst**

**I. Angestellte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften**

**II. Angestellte im allgemeinen Justizvollzugsdienst**

**Vergütungsgruppe Vc**

Angestellte im geschlossenen Vollzugsdienst, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert,

nach sechsjähriger Bewährung  
in Vergütungsgruppe VI b Fallgruppe 1.

**Vergütungsgruppe VIb**

1. Angestellte im geschlossenen Vollzugsdienst nach mindestens dreijähriger Tätigkeit in der Vergütungsgruppe VII, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert. (Besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit liegen vor, wenn die fachliche Aufsicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann.)
2. Angestellte im offenen Vollzugsdienst nach mindestens dreijähriger Tätigkeit in der Vergütungsgruppe VII, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert. (Besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit liegen

\* Gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen worden mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

- Hauptvorstand -
- diese zugleich handelnd für die
- Gewerkschaft der Polizei,
- Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,
- Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft und
- der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst
- Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)
- Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGöD)
- Marburger Bund (MB)

Der Abschluß von inhaltsgleichen Tarifverträgen und von Anschlußtarifverträgen zu diesem Tarifvertrag mit anderen Gewerkschaften wird jeweils in Teil II des MBl. NW. bekanntgegeben.

vor, wenn die fachliche Aufsicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann.) – Fußnote –

### 3. Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst mit selbständiger Tätigkeit

nach sechsjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe VII.

#### Fußnote:

Diese Angestellten erhalten nach sechsjähriger Bewährung in dieser Fallgruppe eine monatliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von 5 v.H. der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1) der Vergütungsgruppe VIb. Bei der Berechnung sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden. Die Vergütungsgruppenzulage gilt bei der Bemessung des Sterbegeldes (§ 41) und des Übergangsgeldes (§ 63) als Bestandteil der Grundvergütung.

### Vergütungsgruppe VII

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst mit selbständiger Tätigkeit.\*

### Vergütungsgruppe VIII

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst, soweit nicht anderweitig eingruppiert.\*

### Vergütungsgruppe IX b

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst während einer Einarbeitungszeit von höchstens sechs Monaten."

## § 2

### Übergangsvorschrift für die unter Teil II Abschn. T Unterabschn. II der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) fallenden Angestellten

Für die unter Teil II Abschn. T Unterabschn. II der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) fallenden Angestellten, die am 31. Dezember 1993 in einem Arbeitsverhältnis stehen, das am 1. Januar 1994 zu demselben Arbeitgeber fortbesteht, gilt für die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses folgendes:

1. Erhält der Angestellte am 31. Dezember 1993 Vergütung (§ 26 BAT) aus einer höheren Vergütungsgruppe, als aus der Vergütungsgruppe, in der er nach diesem Tarifvertrag eingruppiert ist, wird diese Vergütung durch das Inkrafttreten dieses Tarifvertrages nicht berührt.
2. Hängt die Eingruppierung oder der Anspruch auf eine Vergütungsgruppenzulage (Fußnotenzulage) nach diesem Tarifvertrag von der Zeit einer Bewährung in einer bestimmten Vergütungs- und Fallgruppe ab, wird die vor dem 1. Januar 1994 zurückgelegte Zeit so berücksichtigt, wie sie zu berücksichtigen wäre, wenn dieser Tarifvertrag bereits seit dem Beginn des Arbeitsverhältnisses gegolten hätte.

## § 3

### Übergangsvorschrift für die unter das MTA-Gesetz fallenden Angestellten

Auf die Angestellten, die die Erlaubnis zur Führung einer Berufsbezeichnung nach § 1 des Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin (MTA-Gesetz – MTAG) vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1402) besitzen, werden bis zu einer anderweitigen tariflichen Regelung die Tätigkeitsmerkmale für medizinisch-technische Assistentinnen des Teils II Abschn. D der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) bzw. der Anlage 1a zum BAT i.d.F. des § 2 des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in medizinischen Hilfsberufen und medizinisch-technischen Berufen) vom 5. August 1971 (VKA) angewendet.

## § 4

### Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Bonn, den 14. Dezember 1993

## B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

## I.

Mit dem Tarifvertrag sind besondere Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Justizvollzugsdienst in Teil II der

Anlage 1a zum BAT in dem neuen Abschnitt T als Unterabschnitt II ausgebracht worden.

Der Unterabschnitt I des Abschnitts T ist für Angestellte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften vorgesehen. Neue Tätigkeitsmerkmale sind jedoch für diese Angestellten noch nicht vereinbart. Für die Angestellten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften gelten deshalb vorerst die einschlägigen Tätigkeitsmerkmale des Allgemeinen Teils (Verg.Gr. IXb Fallgruppe 28, Verg.Gr. VIII Fallgruppe 13, Verg.Gr. VII Fallgruppen 9, 42b und 42c, Verg.Gr. VIb Fallgruppen 41 und 42 sowie Verg.Gr. Vc Fallgruppe 14) weiter.

## II.

1. Nach der Übergangsvorschrift in § 3 des Tarifvertrages werden auf die Angestellten, die die Erlaubnis zur Führung einer Berufsbezeichnung nach § 1 MTAG besitzen, bis zu einer anderweitigen tariflichen Regelung die Tätigkeitsmerkmale für medizinisch-technische Assistentinnen des Teils II Abschn. D der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) angewendet.

Durch diese tarifliche Übergangsvorschrift wird sichergestellt, daß medizinisch-technische Laboratoriumsassistenten, medizinisch-technische Radiologieassistenten und veterinärmedizinisch-technische Assistenten wie bisher nach den einschlägigen Tätigkeitsmerkmalen eingruppiert sind.

2. Außerdem sind aufgrund dieser Übergangsvorschrift i.V.m. den Übergangsregelungen des MTAG ab 1. Januar 1994 bei entsprechender Tätigkeit auch diejenigen Angestellten nach den Tätigkeitsmerkmalen für medizinisch-technische Assistenten eingruppiert, die eine nach den Regeln der ehemaligen DDR erteilte Erlaubnis als medizinisch-technischer Assistent für Funktionsdiagnostik besitzen und bisher durch den Einigungsvertrag den medizinisch-technischen Assistenten nicht gleichgestellt waren. Medizinisch-technische Assistenten für Funktionsdiagnostik sind ab 1. Januar 1994 nach den Tätigkeitsmerkmalen für medizinisch-technische Assistenten eingruppiert. Soweit die Tätigkeitsmerkmale eine Eingruppierung nach sechsmonatiger Berufsausübung nach erlangter staatlicher Erlaubnis oder einen Fallgruppenaufstieg vorsehen, können bei der Feststellung der anrechenbaren Zeiten jedoch nur solche Zeiten berücksichtigt werden, die nach dem Wirksamwerden der durch das MTAG erfolgten Gleichstellung liegen, mithin also nur Zeiten ab dem 1. Januar 1994.

Die vorstehenden Ausführungen gelten für Angestellte, die eine nach den Vorschriften der ehemaligen DDR durchgeführte Ausbildung zum „Veterinäringenieur für Labordiagnostik“ abgeschlossen und auf Antrag die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung nach § 1 Nr. 4 MTAG erhalten haben, ab dem Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis entsprechend (§ 13 Abs. 7 MTAG in Verbindung mit § 3 des Tarifvertrages).

Auf medizinisch-technische Gehilfen, die eine Erlaubnis nach § 16 des jetzt außer Kraft getretenen „Gesetz über technische Assistenten in der Medizin“ (MTA-G) vom 8. September 1971 besitzen und diese Berufsbezeichnung nach § 13 Abs. 8 MTAG vom 2. August 1993 weiterführen dürfen, finden die bisher einschlägigen Tätigkeitsmerkmale weiterhin Anwendung.

## III.

In Abschnitt II Nr. 37d des Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums v. 24. 4. 1961 (SMBI. NW. 20310) werden die folgenden Hinweise angefügt:

### Zu Teil II Abschn. T

#### Zu Unterabschnitt II

#### Zu Vergütungsgruppe IX b

Die Einarbeitungszeit, die höchstens 6 Monate betragen darf, kann im Einzelfall auch einen geringeren Zeitraum umfassen; ggf. kann auf sie auch verzichtet werden.

### Zu Vergütungsgruppe VII

Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe VII ist mit einem Sternchen (Hinweiszeichen \*) versehen, d.h., neben dem Fallgruppenaufstieg ist auch der Bewährungsaufstieg nach § 23 a in die Vergütungsgruppe VII (Fallgruppe 2) des Allgemeinen Teils nach neunjähriger Bewährung möglich. Der Aufstieg nach § 23 a kann dann günstiger sein, wenn der Angestellte z.B. vor seinem Einsatz im Vollzugsdienst mit anderen nach Vergütungsgruppe VII bewerteten Aufgaben betraut war, die im Rahmen des § 23 a über den reinen Fallgruppenaufstieg hinaus berücksichtigt werden können.

– MBl. NW. 1994 S. 472.

**20321**

### Richtlinien über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten (Unterhaltsbeihilferichtlinien – UBR –)

RdErl. d. Finanzministeriums v. 9. 3. 1994 –  
B 2222 – 2.1 – IV A 3

Nummer 3 meines RdErl. v. 21. 1. 1963 (SMBL. NW. 20321) erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1993 folgende Fassung:

Die Unterhaltsbeihilfe beträgt

a) für Verwaltungslehrlinge	788,- DM mtl.
b) für Verwaltungspraktikanten	834,- DM mtl.

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

– MBl. NW. 1994 S. 474.

**203204**

### Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen

#### – Angemessenheit der von Heilhilfsberufen in Rechnung gestellten Beträge –

RdErl. d. Finanzministeriums v. 8. 3. 1994 –  
B 3100 – 3.1.6.1 – IV A 4

#### I.

In Abschnitt X meines RdErl. v. 19. 12. 1991 (SMBL. NW. 203204) wird hinter Nummer 54 folgende Nummer 55 angefügt:

55 Erweiterte ambulante Physiotherapie <sup>10), 11)</sup>	160,-
– nur nach Verordnung von Ärzten mit der	
Gebiets- oder Bereichsbezeichnung „Arzt für	
Chirurgie“, „Arzt für Orthopädie“ oder „Arzt	
für physikalische und rehabilitative Medizin“	
mit Erfahrungen in der unfall- und sport-	
medizinischen Behandlung –	
Mindestbehandlungsdauer 120 Minuten	

<sup>10)</sup> Einzelleistungen nach den Nummern 1 bis 54 sind daneben nicht beihilfefähig.

<sup>11)</sup> Darf nur nach besonderer Weiterbildung (z. B. Bobath, Vojta, PNF, Cyriax, Brügger, manuelle Therapie, medizinische Trainingstherapie, Lymphdrainage und spezielle Elektrotherapie) anerkannt werden.

#### II.

Bei der erweiterten ambulanten Physiotherapie handelt es sich um eine Behandlungsmethode, die Behandlungselemente der physikalischen Therapie, der Krankengymnastik und der medizinischen Trainingstherapie individuell einsetzt, um schnellstmöglich einen körperlichen Gesundszustand herbeizuführen und Verletzungsfolgen sowie chronische Erkrankungen rasch und dauerhaft zu überwinden. Um Erfahrungen hinsichtlich der Kosten dieser neuen Behandlungsmethode zu sammeln, bitte ich, mir zum 31. 12. 1994 und 31. 12. 1995 jeweils auf dem Dienstweg mitzuteilen, in wie vielen Fällen und für welche Dauer Aufwendungen für die erweiterte ambulante Physiotherapie als beihilfefähig anerkannt wurden; dabei sind – anonymisiert – die Diagnosen und die Therapiepläne, aus denen sich auch die Dauer der Behandlung ergeben muß, beizufügen.

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

– MBl. NW. 1994 S. 474.

**21281**

### Staatliche Anerkennung der Stadt Petershagen Stadtteil Hopfenberg als „Luftkurort“

Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales v. 30. 6. 1993 –  
I A 4 – 0531.43

Aufgrund des § 1 Abs. 1 und des § 4 Abs. 5 des Kurortengesetzes vom 8. Januar 1975 (GV. NW. S. 12), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370) – SGV. NW. 21281 –, habe ich der Stadt Petershagen für den Stadtteil Hopfenberg die Arthezeichnung Luftkurort verliehen und die Kurgebietsgrenzen festgesetzt.

Die Anlagen 1 und 2 – textliche Darstellung der Kurgebietsgrenzen und zeichnerische Darstellung des Kurgebietes – sind Bestandteil dieses Erlasses.

Anlagen  
1 und 2

#### Anlage 1

##### Textliche Darstellung der Kurgebietsgrenze

Das anerkannte Kurgebiet wird wie folgt begrenzt:

- |           |   |
|-----------|---|
| Im Westen | durch die Ostgrenze der Bundesstraße 61   |
| Im Süden  | durch die Nordgrenze der Eldagser Straße in Verlängerung des Weges zur Pumpstation  |
| Im Osten  | durch die Ostgrenze des Weges, der parallel zur Weser verläuft  |
| Im Norden | durch den Mühlenweg von der B 61 bis zur Kreuzung Bremer Straße/Kreisstraße in Verlängerung Richtung Osten bis zum Wirtschaftsweg, der parallel zur Weser verläuft. |



Auszug aus der topographischen Karte  
(Meßtischblatt)  
M 1 : 25 000

— Umgrenzung des Kurgebietes  
— MBl. NW. 1994 S. 474.

7861

**Richtlinien  
über die Gewährung von Zuwendungen  
für Investitionen  
zur umweltfreundlichen Produktion  
in der Landwirtschaft und im Gartenbau**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 9. 3. 1994 –  
II A 3-2114/21

Mein RdErl. v. 22. 5. 1990 (SMBL. NW. 7861) wird wie folgt geändert und ergänzt:

**1. Die Nummer 4.2 erhält folgende Fassung:**

**4.2 Maßnahmen nach Nummern 2.1, 2.5 und 2.6 werden nur gefördert, soweit der jeweilige Höchstbetrag der Zuwendung nicht durch Zuwendungen aus einem gleichzeitig zu stellenden Antrag auf**

- Förderung von baulichen Maßnahmen in Altgehöften, Aussiedlungen, Teil- und Betriebszweig-aussiedlungen in der Landwirtschaft (EFP)
- RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 5. 8. 1986 (SMBL. NW. 7861) –

oder

- Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Agrarkreditprogramms (AKP) – RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 24. 3. 1986 (SMBL. NW. 7861) –

überschritten wird.

Der Föderrahmen nach dem EFP und dem AKP ist auszuschöpfen. Der im EFP bewilligte Grundzuschuß oder die im AKP bewilligte Zuwendung wird auf den in diesem Förderprogramm zu gewährenden Zuwendungsbetrag angerechnet.

Wegen der geringen Zuschuhshöhe gilt für Maßnahmen nach Nummern 2.2, 2.3 und 2.4 diese Regelung nur dann, wenn sie gleichzeitig mit zuwendungsfähigen Investitionen nach den Nummern 2.1, 2.5 oder 2.6 getätigten werden oder gleichzeitig mit anderen zuwendungsfähigen Investitionen nach dem EFP oder AKP getätigten und gefördert werden sollen.

**2. Die Nummer 4.3.4 erhält folgende Fassung:**

**4.3.4 die Investitionen mit Ausnahme der Nummer 2.3 nicht zu einer Erhöhung der Produktionskapazitäten im Bereich der Milchkuh- oder Schweinehaltung führen, sowie im Bereich der Rindfleischherzeugung die Bestimmungen nach Artikel 6, Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nummer 2328/91 des Rates vom 15. 7. 1991 erfüllt werden.**

**3. In Nummer 5.4 wird folgender Absatz angefügt:**

Die Kosten für eine Unterstallagerung der Gülle bis Oberkante Göllekeller bei Stallneubauten werden nur bis zu 80 v. H. berücksichtigt.

**4. Die Nummer 6.3 erhält folgende Fassung:**

**6.3 Es werden nur Betriebe oder Betriebsteile gefördert, soweit für die zu fördernden Maßnahmen die notwendige bauaufsichtliche Genehmigung (dazu zählt auch die positiv beschiedene Bauvoranfrage) bei der Bewilligung vorliegt.**

**5. Es wird folgende Nummer 6.4 angefügt:**

**6.4 Wird für Maßnahmen nach diesen Richtlinien die Erstellung eines Betriebsverbesserungsplanes vorgeschrieben oder eine Buchführung verlangt, gilt diese nur, falls sie nicht bereits durch den EFP-Antrag vorgeschrieben sind. In diesem Falle hat sich der Zuwendungsempfänger für die Dauer von 6 Jahren zur Buchführung zu verpflichten.**

**6. Die Anlage 2 „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ wird wie folgt geändert:**

**6.1 Der Text der Nummer 6.1.2 entfällt. Die Nummer 6.1.2 bleibt frei.**

**6.2 Die Nummer 6.1.11 erhält folgende Fassung:**

**6.1.11 mir/uns bekannt ist, daß die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 3 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen.**

**7. Die Anlage 3 „Zuwendungsbescheid“ wird wie folgt geändert:**

**7.1 In Nummer 7 werden im ersten Satz die Worte „ANBest-P/NBest-Bau“ ersetzt durch die Worte „ANBest-P mit Ausnahme der Nummer 3“ und der letzte Absatz wird gestrichen.**

**8. Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1994 in Kraft.**

– MBL. NW. 1994 S. 476.

79010

**Entschädigung an Forstbetriebsbeamteninnen  
und Forstbetriebsbeamte der unteren  
Forstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen  
für Arbeitszimmer**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft v. 4. 3. 1994 –  
III A 1 13-07-00.01

Auf Grund des § 5 Landesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1982 (GV. NW. S. 216), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 464), – SGV. NW. 20320 – wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bestimmt:

- 1 Forstbetriebsbeamteninnen und Forstbetriebsbeamte mit Dienstbezirk sowie Forstbeamteninnen und Forstbeamte der unteren Forstbehörden, denen ein zur Dienstausübung zwingend benötigtes Arbeitszimmer seitens der Verwaltung nicht gestellt werden kann, unterhalten in ihren Wohnungen Arbeitszimmer, die so gut wie ausschließlich für dienstliche Zwecke genutzt werden.**
  - 1.1 Arbeitszimmer stehen zur Erledigung schriftlicher Arbeiten, Aufbewahrung von Akten und Abwicklung des Parteienverkehrs sowie für Ausbildungszwecke zur Verfügung (Innendienstgeschäfte). Das Arbeitszimmer sollte im Durchschnitt 12,5 qm groß sein.**
  - 1.2 Soweit die Arbeitszimmer zu Dienstwohnungen gehören, sind sie in die Berechnungen der Dienstwohnungsvergütung einzubeziehen.**
- 2 Für die Gestellung eines Arbeitszimmers erhalten die unter Nummer 1 Genannten eine monatlich im voraus zu zahlende steuerfreie Aufwandsentschädigung. Sie setzt sich aus dem Grundbetrag und dem Mietausgleich zusammen.**
  - 2.1 Grundbetrag**  
Zur Abgeltung der Kosten insbesondere für Reinigung, Beleuchtung, Heizung und Abnutzung der Einrichtungsgegenstände erhalten die in Nummer 1 Genannten einen Grundbetrag in Höhe von 80 DM.
  - 2.2 Mietausgleich**  
Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in Dienstwohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 40 DM gezahlt.  
Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in Landesmietwohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 60 DM gezahlt.  
Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in privaten Wohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 80 DM gezahlt.
- 2.3 Die Höheren Forstbehörden veranlassen die Zahlung. Die Entschädigung ist bei Tit. 422 10 (Bezüge der Beamteninnen und Beamten) zu buchen.**

- 3 Die Aufwandsentschädigung wird vom Ersten des Monats an gezahlt, der auf das für die Zahlung maßgebende Ereignis folgt. Tritt das maßgebende Ereignis mit Wirkung vom Ersten eines Monats ein, wird die Entschädigung schon für diesen Monat gezahlt.
- 3.1 Die Aufwandsentschädigung ist auch bei Dienstbehinderung der Beamtin oder des Beamten durch anderweitige Verwendung, Krankheit, Urlaub usw. zu zahlen, wenn das Arbeitszimmer der Vertretung zur Verfügung gestellt wird. Wird das Arbeitszimmer nicht zur Verfügung gestellt, ist die Aufwandsentschädigung jeden Tag um 5 DM bis maximal zur Betragshöhe der monatlich zustehenden Aufwandsentschädigung zu kürzen.
- 3.2 Die Aufwandsentschädigung wird bis zum Ende des Monats gezahlt, in dem das für den Wegfall der Entschädigung maßgebende Ereignis eingetreten ist. Tritt das maßgebende Ereignis mit Wirkung vom Ersten des Monats ein, wird die Zahlung mit Ablauf des vorhergehenden Monats eingestellt.
- 4 Die Nummern 1 bis 3 gelten für Angestellte mit entsprechender Tätigkeit sinngemäß.
- 5 Schlußbestimmungen
- 5.1 Dieser Erlaß tritt mit Wirkung v. 1. Januar 1994 in Kraft.
- 5.2 Gleichzeitig tritt der RdErl. v. 31. 5. 1974 (SMBL. NW. 79010) außer Kraft.

– MBl. NW. 1994 S. 476.

## 9221

### Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr gemäß § 6 StVO

RdErl. d. Ministeriums für Stadtentwicklung und Verkehr v. 10. 3. 1994 – III C 2-22-48

Die RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 20. 9. 1958 und 20. 9. 1960 (SMBL. NW. 9221) werden hiermit aufgehoben.

– MBl. NW. 1994 S. 477.

## II.

### Ministerpräsident

### Honorargeneralkonsulat der Republik der Philippinen, Düsseldorf

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 9. 3. 1994 – II B 6 – 443 a – 1/80

Die Bundesregierung hat der Erweiterung des Konsularbezirks und der Ranganhebung der honorarkonsularen Vertretung der Republik der Philippinen in Düsseldorf zugestimmt und Herrn Karl-Heinz Stockheim am 25. 2. 1994 das erweiterte Exequatur als Honorargeneralkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfaßt nunmehr die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

– MBl. NW. 1994 S. 477.

## Innenministerium

### Wahl zum Dreizehnten Deutschen Bundestag

#### Ernennung der Kreiswahlleiter und ihrer Stellvertreter

Bek. d. Innenministeriums v. 10. 3. 1994 – I A 4/20 – 15.94.12

Aufgrund des § 9 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), geändert durch Gesetz vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Wahlorgane für die Bundestagswahlen und die Europawahlen vom 13. Dezember 1988 (GV. NW. S. 536/SGV. NW. 1113) habe ich zu Kreiswahlleitern und zu ihren Stellvertretern ernannt:

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises	Name, Vorname und Amtsbezeichnung a) des Kreiswahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefonanschluß 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
1	Aachen	(53) a) Dr. Berger, Heiner Oberstadtdirektor b) Witt, Joachim Stadtdekan 52058 Aachen	Stadtverwaltung Rathaus Markt 52058 Aachen	1. (0241) 4320 2. 832 654 3. (0241) 432 8000
2	Kreis Aachen	(54) a) Dr. Fricke, Walter Oberkreisdirektor b) Etschenberg, Helmut Kreisdirektor	Kreisverwaltung Zollernstraße 10 52070 Aachen	1. (0241) 51981 2. 832 786 3. (0241) 533190
3	Heinsberg	(55) a) Dr. Thönnissen, Leo Oberkreisdirektor b) Jansen, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung Valkenburger Str. 45 52525 Heinsberg	1. (02452) 130 2. 8329319 3. (02452) 13501
4	Düren	(56) a) Hüttemann, Josef Oberkreisdirektor b) Dr. Beyer, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Bismarckstraße 16 52351 Düren	1. (02421) 1291 2. 833 800 3. (02421) 129345
5	Erftkreis I	(57) a) Bell, Wolfgang Oberkreisdirektor b) Hoffmann, Günter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Willy-Brandt-Platz 1 50126 Bergheim	1. (02271) 830 2. 888 717 3. (02271) 832300

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises	Name, Vorname und Amtsbezeichnung a) des Kreiswahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefonanschluß 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß	
6	Euskirchen-Erftkreis II (58)	a) Dr. Wolf, Ingo Oberkreisdirektor  b) Schumacher, Fritz Kreisdirektor	Kreisverwaltung Jülicher Ring 32 53879 Euskirchen	1. (02251) 150 2. 8869181 3. (02251) 73742	
7	Köln I Köln II Köln III Köln IV	(59) (60) (61) (62)	a) Ruschmeier, Lothar Oberstadtdirektor  b) Fruhner, Klaus-Otto Beigeordneter	Stadtverwaltung Bürgerstr. 2 50667 Köln	1. (0221) 2211 2. 172214105 3. (0221) 2216570
8	Bonn	(63)	a) Diekmann, Dieter Oberstadtdirektor  b) Schreiber, Reiner Stadtdirektor	Stadtverwaltung Berliner Platz 2 53103 Bonn	1. (0228) 771 2. 886861 3. (0228) 773635
9	Rhein-Sieg-Kreis I Rhein-Sieg-Kreis II	(64) (65)	a) Dr. Kiwit, Walter Oberkreisdirektor  b) Lohr, Monika Kreisdirektorin	Kreisverwaltung Kaiser-Wilhelm-Platz 1 53721 Siegburg	1. (02241) 131 2. 2241408 3. (02241) 132179
10	Oberbergischer Kreis	(66)	a) Dr. Ammermann, Gert Oberkreisdirektor  b) Richter, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung Moltkestraße 42 51643 Gummersbach	1. (02261) 880 2. 884418 3. (02261) 881122
11	Rheinisch-Bergischer Kreis I	(67)	a) Dr. Kroneberg, Jürgen Oberkreisdirektor  b) Ebel, Knut-Georg Kreisdirektor	Kreisverwaltung Am Rübezahlwald 7 51462 Bergisch Gladbach	1. (02202) 131 2. 887733 3. 132600
12	Leverkusen- Rheinisch-Bergischer Kreis II	(68)	a) Dr. Mende, Walter-Rainer Oberstadtdirektor  b) Dr. Schulze-Olden, Wolfgang Stadtdirektor	Stadtverwaltung Friedrich-Ebert-Platz 1 51311 Leverkusen	1. (0214) 3521 2. 8510236 3. (0214) 3523327
13	Wuppertal I Wuppertal II	(69) (70)	a) Dr. Cornelius, Joachim Oberstadtdirektor  b) Martens, Hauke Beigeordneter	Stadtverwaltung Wegnerstraße 7 42275 Wuppertal	1. (0202) 5631 2. 8591871 3. (0202) 5638020
14	Solingen-Remscheid	(71)	a) Dr. Deubel, Ingolf Oberstadtdirektor  b) Dehl, Hans-Heinrich Stadtdirektor	Stadtverwaltung Potsdamer Str. 41 42651 Solingen	1. (0212) 2900 2. 8514777 3. (0212) 2902109
15	Mettmann I Mettmann II	(72) (73)	a) Wirtz, Robert Oberkreisdirektor  b) Stang, Heinrich Kreisdirektor	Kreisverwaltung Düsseldorfer Str. 26 40822 Mettmann	1. (02104) 990 2. 8581176 3. (02104) 994022
16	Düsseldorf I Düsseldorf II	(74) (75)	a) Dr. Hölz, Peter Oberstadtdirektor  b) Meisen, Helmut Beigeordneter	Stadtverwaltung Marktplatz 2 40200 Düsseldorf	1. (0211) 8991 2. 8582921 3. (0211) 8929002
17	Neuss I Neuss II	(76) (77)	a) Salomon, Klaus-Dieter Oberkreisdirektor  b) Patt, Dieter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Meererhof 1 41456 Neuss	1. (02181) 6010 2. 8517188 3. (02181) 6012400
18	Mönchengladbach	(78)	a) Semmler, Jochen Oberstadtdirektor  b) Dr. Gathen, Antonius Beigeordneter	Stadtverwaltung Weiherstr. 21 41050 Mönchengladbach	1. (02161) 250 2. 852788 3. (02161) 252519
19	Krefeld	(79)	a) Vogt, Heinz-Josef Oberstadtdirektor  b) Dr. Stienen, Karl-Heinz Stadtdirektor	Stadtverwaltung Konrad-Adenauer- Platz 17 47727 Krefeld	1. (02151) 861 2. 853630 3. (02151) 862034
20	Viersen	(80)	a) Dr. Vollert, Hans-Christian Oberkreisdirektor  b) Frentzen, Dirk Kreisdirektor	Kreisverwaltung Rathausmarkt 3 41747 Viersen	1. (02162) 390 2. 8518717 3. (02162) 391803

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises		Name, Vorname und Amtsbezeichnung a) des Kreiswahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefonanschluß 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
21	Kreis Kleve	(81)	a) Kersting, Rudolf Oberkreisdirektor  b) Mörs, Norbert Kreisdirektor	Kreisverwaltung Nassauer Allee 15-23 47515 Kleve	1. (02821) 850 2. 811857 3. (02821) 8510
22	Wesel I Wesel II	(82) (83)	a) Dr. Brocke, Helmut Oberkreisdirektor  b) Dr. Kutsch, Carl Kreisdirektor	Kreisverwaltung Reeser Landstraße 31 46483 Wesel	1. (0281) 2070 2. 812800 3. (0281) 2072947
23	Duisburg I Duisburg II	(84) (85)	a) Dr. Klein, Richard R. Oberstadtdirektor  b) Giersch, Norbert Stadtdirektor	Stadtverwaltung Burgplatz 19 47051 Duisburg	1. (0203) 2830 2. 203314 3. (0203) 2833976
24	Oberhausen	(86)	a) Drescher, Burkhard Oberstadtdirektor  b) Damerius, Ruth Stadtdirektorin	Stadtverwaltung Schwartzstraße 72 46042 Oberhausen	1. (0208) 8251 2. 856898 3. (0208) 855274
25	Mülheim an der Ruhr	(87)	a) Gerlach, Ernst Oberstadtdirektor  b) Gawlik, Oda-Gerlind Beigeordnete	Stadtverwaltung Ruhrstr. 30-32 45466 Mülheim an der Ruhr	1. (0208) 4551 2. – 3. (0208) 455476480
26	Essen I Essen II Essen III	(88) (89) (90)	a) Busch, Kurt Oberstadtdirektor  b) Dr. Schmidt, Johannes Werner Stadtdirektor	Stadtverwaltung Porscheplatz 1 45121 Essen	1. (0201) 881 2. 857730 3. (0201) 885209
27	Recklinghausen I – Recklinghausen II – Borken I	(91) (92)	a) Noetzlin, Ulrich Oberkreisdirektor  b) Boltz, Hanns-Joachim Kreisdirektor	Kreisverwaltung Kurt-Schumacher-Allee 1 45657 Recklinghausen	1. (02361) 531 2. 829822 3. (02361) 533291
28	Gelsenkirchen I Gelsenkirchen II – Recklinghausen III	(93) (94)	a) Dr. Bussfeld, Klaus Oberstadtdirektor  b) Kestermann-Kuschke, Vera Stadträtin	Stadtverwaltung Hans-Sachs-Haus 45875 Gelsenkirchen	1. (0209) 1691 2. 824788 3. (0209) 1693526
29	Bottrop – Recklinghausen IV	(95)	a) Löchelt, Ernst Oberstadtdirektor  b) Wallmann, Norbert Stadtdirektor	Stadtverwaltung Ernst-Wilczok-Platz 2 46215 Bottrop	1. (02041) 2470 2. 8579421 3. (02041) 2473280
30	Borken II	(96)	a) Pingel, Raimund Oberkreisdirektor  b) Dr. Voßkühler, Rudolf Kreisdirektor	Kreisverwaltung Burloer Str. 93 46322 Borken	1. (02861) 820 2. 813331 3. (02861) 63320
31	Coesfeld-Steinfurt I	(97)	a) Pixa, Hans Oberkreisdirektor  b) Silderhuis, Ludwig Kreisdirektor	Kreisverwaltung Friedrich-Ebert-Str. 7 48653 Coesfeld	1. (02541) 180 2. 254122 3. (02541) 82566
32	Steinfurt II	(98)	a) Dr. Hoffschulte, Heinrich Oberkreisdirektor  b) Vogel, Johannes Ltd. Kreisrechtsdirektor	Kreisverwaltung Tecklenburger Str. 10 48563 Steinfurt	1. (02551) 690 2. 892945 3. (02551) 692400
33	Münster	(99)	a) Dr. Pünder, Tilman Oberstadtdirektor  b) Dr. Heinrichs, Wolf Dezernent	Stadtverwaltung Klemensstr. 10 48143 Münster	1. (0251) 4920 2. 892618 3. (0251) 4927702
34	Warendorf	(100)	a) Dr. Kirsch, Wolfgang Oberkreisdirektor  b) Dr. Börger, Heinz Kreisdirektor	Kreisverwaltung Waldenburger Str. 2 48231 Warendorf	1. (02581) 530 2. 89927 3. (02581) 532452

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises		Name, Vorname und Amtsbezeichnung a) des Kreiswahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefonanschluß 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
35	Gütersloh	(101)	a) Kozlowski, Günter Oberkreisdirektor b) Schulze Wessel, Leo Kreisdirektor	Kreisverwaltung Wasserstr. 14 33378 Rheda-Wieden- brück	1. (05242) 131 2. 5242821 3. (05242) 13296
36	Bielefeld	(102)	a) Dr. Hausmann, Volker Oberstadtdirektor b) Dr. Kramer, Johannes Stadtdirektor	Stadtverwaltung Niederwall 25 33602 Bielefeld	1. (0521) 511 2. 932823 3. (0521) 513380
37	Herford	(103)	a) Kreibohm, Henning Oberkreisdirektor b) Lerche, Sieghart Kreisdirektor	Kreisverwaltung Amtshausstr. 2 32051 Herford	1. (05221) 130 2. 934716 3. (05221) 13396
38	Minden-Lübbecke	(104)	a) Dr. Giere, Alfred Oberkreisdirektor b) Dr. Linkermann, Günter Kreisdirektor	Kreisverwaltung Portastr. 13 32423 Minden	1. (0571) 8070 2. 97884 3. (0571) 8072700
39	Lippe I	(105)	a) Dr. Kauther, Helmut Oberkreisdirektor b) Dr. Brause, Wolfgang Ltd. Kreisverwaltungs- direktor	Kreisverwaltung Felix-Fechenbach-Str. 5 32754 Detmold	1. (05231) 620 2. 5231826 3. (05231) 622151
40	Höxter-Lippe II	(106)	a) Sellmann, Paul Oberkreisdirektor b) Höing, Franz-Josef Kreisdirektor	Kreisverwaltung Moltkestr. 12 37671 Höxter	1. (05271) 610 2. 931736 3. (05271) 37926
41	Paderborn	(107)	a) Dr. Wansleben, Rudolf Oberkreisdirektor b) Köhler, Heinz Kreisdirektor	Kreisverwaltung Aldegreverstr. 10–14 33102 Paderborn	1. (05251) 3080 2. 936836 3. (05251) 308222
42	Hagen	(108)	a) Freudenberger, Dietrich Oberstadtdirektor b) Ludwig, Karl Josef Stadtrat	Stadtverwaltung Friedrich-Ebert-Platz 1 58095 Hagen	1. (02331) 2071 2. 823629 3. (02331) 2072473
43	Ennepe-Ruhr-Kreis I	(109)	a) Scholle, Ute Oberkreisdirektorin b) Becker, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Hauptstr. 92 58332 Schwelm	1. (02336) 930 2. – 3. (02336) 932001
44	Bochum I Bochum II – Ennepe-Ruhr-Kreis II	(110) (111)	a) Dr. Dreher, Burkhard Oberstadtdirektor b) Barbonus, Joachim Stadtdirektor	Stadtverwaltung Rathausplatz 2–6 44787 Bochum	1. (0234) 9100 2. – 3. (0234) 9103643
45	Herne	(112)	a) Dr. Kirchhof, Roland Oberstadtdirektor b) Drenseck, Heinrich-Peter Stadtdirektor	Stadtverwaltung Friedrich-Ebert-Platz 2 44623 Herne	1. (02323) 160 2. 8229872 3. (02323) 162100
46	Dortmund I Dortmund II Dortmund III	(113) (114) (115)	a) Dr. Koch, Hans-Gerhard Oberstadtdirektor b) Schäfer, Wolfgang Stadtdirektor	Stadtverwaltung Friedensplatz 1 44135 Dortmund	1. (0231) 500 2. 822287 3. (0231) 5022877
47	Unna I	(116)	a) Landwehr, Karl-Heinrich Oberkreisdirektor b) Achenbach, Gerd Kreisdirektor	Kreisverwaltung Friedrich-Ebert-Str. 17 59425 Unna	1. (02303) 270 2. 2303319 3. (02303) 271399
48	Hamm-Unna II	(117)	a) Dr. Kraemer, Dieter Oberstadtdirektor b) Hamerla, Hans-Joachim Stadtdirektor	Stadtverwaltung Theodor-Heuss-Platz 16 59065 Hamm	1. (02381) 171 2. 828656 3. (02381) 172971

Lfd. Nr.	Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises		Name, Vorname und Amtsbezeichnung a) des Kreiswahlleiters b) des Stellvertreters	Dienststelle und Anschrift	1. Telefonanschluß 2. Fernschreibanschluß 3. Telefaxanschluß
49	Soest	(118)	a) Dr. Janning, Hermann Oberkreisdirektor b) Dr. Maas, Wolfgang Kreisdirektor	Kreisverwaltung Hoher Weg 1-3 59494 Soest	1. (02921) 300 2. 84324 3. (02921) 302945
50	Hochsauerlandkreis	(119)	a) Mühr, Egon Oberkreisdirektor b) Stork, Winfried Kreisdirektor	Kreisverwaltung Steinstr. 27 59870 Meschede	1. (0291) 940 2. 84874 3. (0291) 942425
51	Siegen-Wittgenstein I	(120)	a) Forster, Karlheinz Oberkreisdirektor b) Schwarz, Winfried Kreisdirektor	Kreisverwaltung Koblenzer Str. 73 57072 Siegen	1. (0271) 3330 2. 272353 3. (0271) 3332500
52	Olpe-Siegen- Wittgenstein II	(121)	a) Dr. Demmer, Franz Oberkreisdirektor b) Platz, Knut Friedrich Kreisdirektor	Kreisverwaltung Danziger Str. 2 57462 Olpe	1. (02761) 811 2. 876475 3. (02761) 81343
53	Märkischer Kreis I Märkischer Kreis II	(122) (123)	a) Dr. Schneider, Bernhard Oberkreisdirektor b) Rolland, Michael Kreisdirektor	Kreisverwaltung Heedfelder Str. 45 58509 Lüdenscheid	1. (02351) 670 2. – 3. (02351) 671314

– MBl. NW. 1994 S. 477.

**Ministerium für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft**

**Verzeichnis  
der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2 und 5  
Klärschlammverordnung (AbfKlärV)  
vom 15. April 1992**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft v. 8. 3. 1994 –  
IV A 2 – 890 – 25959

Das mit RdErl. v. 3. 11. 1993 (MBI. NW. S. 1811) veröffentlichte Verzeichnis der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2 und 5 AbfKlärV wird wie folgt ergänzt:

**– Gruppe 3 (Klärschlamm)**

Untersuchungsparameter: Polychlorierte Dibenzodioxine (PCDD), Polychlorierte Dibenzofurane (PCDF)

Chemisches Laboratorium  
Dr. E. Weßling GmbH  
Oststr. 2  
48341 Altenberge

UHTEC KG  
Institut für Umwelt-Analytik  
Dipl.-Ing. H. J. Uphoff KG  
Kampenwandstr. 100  
83229 Aschau im Chiemgau

Hygienisch-Bakteriologisches Institut Bielefeld  
Jakobuskirchplatz 3  
33604 Bielefeld

IUTA  
Institut für Umwelttechnologie und  
Umweltanalytik e.V. der Uni Duisburg  
Bliersheimer Str. 60  
47229 Duisburg

Krupp Forschungsinstitut  
Analysen und Prüftechnik  
Münchner Str. 100  
45145 Essen

Rheinisch-Westfälischer  
Technischer Überwachungsverein  
Langemarkstr. 20  
45141 Essen

Hygiene-Institut des Ruhrgebiets  
Rotthauserstr. 19  
45879 Gelsenkirchen

Natec  
Institut für naturwissenschaftliche  
und technische Dienste GmbH  
Behringstraße 154  
22763 Hamburg

Landwirtschaftliche Untersuchungs-  
und Forschungsanstalt Hameln  
Finkenborner Weg 1a  
31787 Hameln

Technischer Überwachungsverein  
Hannover/Sachsen-Anhalt e.V.  
Loccumer Straße 63  
30519 Hannover

RWE-Energie AG  
Goldenberg-Werk  
Hauptlaboratorium Goldenbergwerk  
50354 Hürth

Institut Fresenius GmbH  
Labor Ingelheim  
Hamburger Str. 1  
55218 Ingelheim

Landwirtschaftliche Untersuchungs-  
und Forschungsanstalt Kiel  
Gutenbergstraße 75–77  
24116 Kiel

NUD Noell  
Umweltdienste GmbH  
Hanseatenstraße 39  
30853 Langenhagen

Gesellschaft für Arbeitsplatz-  
und Umweltanalytik mbH  
Otto-Hahn-Straße 22  
48161 Münster

Universität-GH Paderborn  
Dioxin Labor  
Fachgebiet 13  
Warburger Str. 100  
33098 Paderborn

– MBl. NW. 1994 S. 482.

**Ministerium für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft**

**Tag der Umwelt am 5. Juni 1994**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft  
v. 8. 3. 1994 – I C 4 – 56.30

Der durch die Vereinten Nationen proklamierte „Tag der Umwelt“ am 5. Juni jeden Jahres soll auch 1994 im Land Nordrhein-Westfalen in angemessener Form begangen werden. Nach dem Gem. RdErl. v. 13. 4. 1973 (SMBI. NW. 283) sollen an diesem Tag besondere Aktivitäten der öffentlichen Hand dazu dienen, die Bevölkerung über die Umweltproblematik und -verbesserung zu informieren und zu einem Engagement zu motivieren. Das Schwergewicht soll deshalb auf örtlichen Aktivitäten liegen. Der „Tag der Umwelt“ ist in diesem Jahr von den Umweltministerinnen und -ministern und Umweltsenatorinnen und -senatoren aus Bund und Ländern unter das Motto

**„Umweltschutz lebt vom Mitmachen:  
Reden ist gut – Handeln ist besser“**

gestellt worden. Die behördlichen Aktivitäten können allerdings auch über das Motto hinausgehen.

Für die Bezirksregierungen sollte der „Tag der Umwelt“ besonderer Anlaß sein, noch einmal in geeigneter Weise auf die Einrichtung des „Grünen Telefons“ hinzuweisen.

Alle Behörden und Einrichtungen des Landes, die Gemeinden und Gemeindeverbände sowie die Körperschaften des öffentlichen Rechts werden gebeten, die Bedeutung dieses Tages durch entsprechende Aktivitäten hervorzuheben.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Chef der Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Ministerium für Stadtentwicklung und Verkehr und dem Ministerium für Bauen und Wohnen.

– MBl. NW. 1994 S. 482.

## Landschaftsverband Rheinland

### Jahresrechnung 1992

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland  
v. 2. 3. 1994 – 06.00 – 025 – 00/3

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat am 17. 2. 1994 folgenden Beschuß gefaßt:

- „1. Die Landschaftsversammlung nimmt den Schlußbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 1992 zur Kenntnis.

Die Jahresrechnung schließt wie folgt ab:

Einnahmen insgesamt	6 352 424 506,38 DM
Ausgaben insgesamt	6 352 424 506,38 DM
Fehlbetrag	0,00 DM

2. Die Landschaftsversammlung erteilt gemäß § 7 (1) Buchstabe e) und § 25 (2) LVerbO in Verbindung mit § 81 GO NW für die Jahresrechnung 1992 Entlastung.“

Der vorstehende Beschuß wird hiermit gemäß § 81 (2) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 25 (2) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und § 14 der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Rheinland öffentlich bekannt gemacht.

Die Jahresrechnung 1992 mit Rechenschaftsbericht liegt zur Einsichtnahme montags bis freitags in der Zeit vom 25. 4. bis 3. 5. 1994, jeweils von 9 bis 16 Uhr, im Landeshaus Köln-Deutz, Kennedy-Ufer 2, Zimmer 349, öffentlich aus.

Köln, den 2. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
In Vertretung  
Esser  
  
– MBl. NW. 1994 S. 483.

## Landschaftsverband Rheinland Landschaftsverband Westfalen-Lippe

### Bildung der 10. Landschaftsversammlung Rheinland und der 10. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe Reservelisten

Gem. Bek. d. Landschaftsverbände Rheinland  
und Westfalen-Lippe  
v. 10. 3. 1994 – 06.00 – 025 – 00/3

Das Wahlverfahren zur Bildung der Landschaftsversammlung ist in § 7a Landschaftsverbandsordnung (LVerbO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Rechtsbereinigungsgesetzes v. 6. Oktober 1987 (GV. NW. S. 342), – SGV. NW. 2022 – geregelt.

Der Innenminister NW hat durch RdErl. v. 2. 8. 1984 (SMBI. NW. 2022) für das Verständnis des § 7a LVerbO erforderliche Erläuterungen und Klarstellungen gegeben.

Gemäß Ziffer 5b des vorgenannten Erlasses sind die Landschaftsverbände gehalten, die für das jeweilige Gebiet der Landschaftsverbände zuständigen Landesleitungen der Parteien und Wählergruppen rechtzeitig in geeigneter Form auf den Zeitraum der Wahl hinzuweisen.

Demzufolge wird zur termingerechten Abwicklung der Wahrlangelegenheiten über nachstehende Punkte informiert:

#### 1 Allgemeines

Die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften der Landschaftsverbände (kreisfreie Städte und Kreise) wählen die Mitglieder der Landschaftsversammlung. Nach dem Wahlverfahren hat jedes Mitglied der Ver-

tretung hierfür zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl der auf die Mitgliedskörperschaft entfallenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie eine Zweitstimme für die Wahl der für das Gebiet des betreffenden Landschaftsverbandes aufgestellten Reservelisten der Parteien und Wählergruppen.

#### 2 Reservelisten

##### 2.1 Einreichungsfrist

Die Reservelisten sind gemäß § 7a Abs. 5 LVerbO von den für das Gebiet der Landschaftsverbände zuständigen Landesleitungen der Parteien und Wählergruppen, die in mindestens einer der Vertretungen der Mitgliedskörperschaften vertreten sind,

bis spätestens 7. November 1994

T.

beim Direktor des jeweils betreffenden Landschaftsverbandes einzureichen.

Anschriften:

Direktor des  
Landschaftsverbandes Rheinland  
Kennedy-Ufer 2  
– Landeshaus –  
50679 Köln

Direktor des  
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1  
– Landeshaus –  
48147 Münster

##### 2.2 Reservelisten-Vordrucke

Die Reservelisten sind unter Verwendung einheitlicher Vordrucke bei den Landschaftsverbänden einzureichen. Die Reservelistenvordrucke werden auf Anforderung vom jeweiligen Landschaftsverband zur Verfügung gestellt.

##### 2.3 Aufstellung der Reservelisten

2.31 Die Reservelisten können sowohl vor als auch nach den Allgemeinen Kommunalwahlen aufgestellt werden. Sie können während der Wahlperiode nicht mehr geändert oder ergänzt werden. Die Parteien und Wählergruppen sind zu einer demokratisch legitimierten innerparteilichen Bewerberaufstellung für die Reservelisten verpflichtet. Unbeschadet weiterer Regelungen für das Aufstellungsverfahren durch Satzungen der Parteien und Wählergruppen hat die Aufstellung gemäß § 17 des Parteiengesetzes in geheimer Abstimmung zu erfolgen (vgl. Ziffer 4 Runderlaß des Innenministers vom 2. 8. 1984).

##### 2.32 Voraussetzung für Benennung von Reservistenbewerbern

Über die Reservisten sind für das jeweilige Gebiet eines Landschaftsverbandes wählbar (vgl. § 7a Abs. 1 LVerbO):

- Mitglieder der Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) und der kreisangehörigen Gemeinden,
- Beamte, Angestellte und Arbeiter der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) und der kreisangehörigen Gemeinden,
- auf Reservelisten für die Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) benannte Bewerber; die Benennung auf einer Reserveliste in einer kreisangehörigen Gemeinde reicht nicht aus.

##### 2.4 Wahl der Reservelisten durch die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise)

Die Reservelisten unterliegen der Wahl durch die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (Zweitstimme). Klarstellende Erläuterungen sind dem Runderlaß des Innenministers unter Ziffer 6c zu entnehmen.

## 2.5 Funktion der Reserveliste

Die Reserveliste kommt zum Tragen beim:

- a) sog. „Verhältnisausgleich“ (Rückbezug auf die Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften – vgl. § 7a Abs. 4 LVerbO), an dem nur solche Parteien und Wählergruppen teilnehmen, die mindestens 5 v.H. der bei den Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben,
- b) Nachrückverfahren für ein ausgeschiedenes Ersatzmitglied eines Direktkandidaten (§ 7a Abs. 6 Satz 2),
- c) Nachrückverfahren für einen über die Reserveliste gewählten bzw. nachgerückten Kandidaten (§ 7a Abs. 6 Satz 3).

## 3 Wahltermin (-zeitraum) in den Mitgliedskörperschaften

Die Wahl in den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften kann frühestens am 9. November 1994 und muß spätestens bis zum 28. November 1994 durchgeführt werden (vgl. Ziffer 5 Runderlaß des Innenministers).

Köln, den 10. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
Dr. Fuchs

Münster, den 10. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
Dr. Scholle

– MBl. NW. 1994 S. 483.

**Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM  
zuzügl. Porto- und Versandkosten**

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für  
**Abonnementsbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/238 (8.00-12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr), Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10. für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

**In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.  
Einzelbestellungen: Grafenberger Allee 100, Tel. (0211) 96 82/241, 40237 Düsseldorf**

Von Vorab Einsendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf  
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569